

WASSERVERSORGUNGSREGLEMENT

Einwohnergemeinde Büren a.A.

2. März 1993

INHALTSVERZEICHNIS

REGLEMENT

I.	Allgemeines	
Art. 1	Gemeindeaufgabe	6
Art. 2	Zuständiges Organ	6
Art. 3	Generelle Wasserversorgungsplanung	6
Art. 4	Erschliessung	7
Art. 5	Leitungskataster	7
Art. 6	Ergänzende Vorschriften	7
Art. 7	Schutzzonen	7
Art. 8	Pflicht zur Wasserabgabe	8
Art. 9	Pflicht zum Wasserbezug	8
Art. 10	Verwendung des Wassers	8
II.	Das Verhältnis zwischen der Gemeinde und den Wasserbezüglern	
Art. 11	Geltung des Reglements, Sonderfälle	8
Art. 12	Bewilligungspflicht	8
Art. 13	Einschränkung der Wasserabgabe	8
Art. 14	Pflichten der Wasserbezüger	9
Art. 15	a) Haftung	9
Art. 16	b) Ableitungsverbot	9
Art. 17	c) Handänderung	9
Art. 18	Kündigung des Wasserbezugs	9
	Abtrennung der Hausanschlüsse	10
III.	Anlagen zur Wasserverteilung	
A.	Definitionen	
Art. 19	Anlagen zur Wasserverteilung	10
Art. 20	Oeffentliche Leitungen	10
Art. 21	Hydranten	10
Art. 22	Private Leitungen und Hausinstallationen	10
B.	Oeffentliche Leitungen	
Art. 23	Planung und Erstellung	11
Art. 24	Leitungen im Strassengebiet	11
Art. 25	Durchleitungsrechte	11
Art. 26	Schutz der öffentlichen Leitungen	11
Art. 27	Abtretung privater Leitungen	12
C.	Hydrantenanlagen und Löschschutz	
Art. 28	Erstellung, Kostentragung / Benützung, Unterhalt	12
Art. 29	Uebrige Löschanlagen	12

D. Hausanschlussleitungen

Art. 30	Erstellung, Kostentragung	13
Art. 31	Eigentum, Unterhalt und Ersatz	13
Art. 32	Ausführung	13
Art. 33	Installationsbewilligung	14
Art. 34	Technische Vorschriften	14
Art. 35	Durchleitungsrechte	14

E. Wasserzähler

Art. 36	Einbau, Kostentragung, Eigentum, Unterhalt	14
Art. 37	Dimensionierung, Standort	14
Art. 38	Haftung bei Beschädigung	15
Art. 39	Revision, Störungen	15

F. Hausinstallationen

Art. 40	Erstellung, Kostentragung	15
Art. 41	Ausführung	15
Art. 42	Technische Vorschriften	15
Art. 43	Abnahme	16
Art. 44	Mangelhafte Installationen	16
Art. 45	Kontrollrecht	16

IV. Abgaben

Art. 46	Finanzierung der Wasserversorgungsanlagen	16
Art. 47	Eigenfinanzierung	16
Art. 48	Einmalige Gebühren	16
a)	Anschlussgebühr	17
b)	Bereitstellungsgebühr	17
Art. 49	Löschbeitrag	17
Art. 50	Nachzahlung	17
Art. 51	Wiederkehrende Gebühren	17
Art. 52	Fälligkeit, Verzugszins, Verjährung	17
a)	Anschlussgebühr	18
b)	Bereitstellungsgebühr	18
c)	Löschbeitrag	18
d)	Nachzahlung	18
e)	Wiederkehrende Gebühren	18
f)	Verzugszins	18
g)	Verjährung	18
Art. 53	Gebührenpflichtige Schuldner	18
Art. 54	Grundpfandrecht der Gemeinde	18

V. Strafen, Rechtspflege, Schlussbestimmungen

Art. 55	Unberechtigter Wasserbezug	18
Art. 56	Widerhandlungen	19
Art. 57	Rechtspflege	19
Art. 58	Inkrafttreten, Übergangsbestimmung	19

TARIF

Art. 1	Einmalige Gebühren	21
a)	Anschlussgebühr	
b)	Bereitstellungsgebühr	21
Art. 2	Löschbeitrag	21
Art. 3	Wiederkehrende Gebühren, Verbrauchsgebühr	21
Art. 4	Ungemessene Wasserbezüge	21
Art. 5	Inkrafttreten	21

Abkürzungen

BauG	Baugesetz
BW	Belastungswert gemäss den Leitsätzen W3 des SVGW
EG zum ZGB	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch
GFHG	Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden
GWP	Generelle Wasserversorgungsplanung
KGV	Kantonale Gewässerschutzverordnung
KVV	Verordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen
OgR	Organisationsreglement
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SVGW	Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches
VFHG	Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden
VRPG	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege
WVV	Verordnung über die Wasserversorgung
WNG	Gesetz über die Nutzung des Wassers

WASSERVERSORGUNGSREGLEMENT

Die Einwohnergemeinde Büren a. A.
erlässt, gestützt auf

- das Organisationsreglement,
- das Gesetz über die Nutzung des Wassers,
- die Verordnung über die Wasserversorgung,
- die kantonale Gewässerschutzverordnung,
- die Verordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen,
- die Baugesetzgebung,
- das Gesetz über die Wehrdienste,
- das Dekret über das Feuerwehrgewesen und die Abwehr von Elementarschäden,

folgendes

REGLEMENT

I. Allgemeines

Art. 1

1 Die Gemeinde versorgt die Bevölkerung, das Gewerbe und die Industrie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Menge mit Wasser. Sie sorgt für eine dauernd der eidgenössischen Lebensmittelverordnung entsprechende Qualität.

2 Sie gewährleistet in ihrem Versorgungsgebiet einen ausreichenden Löschschutz.

3 Sie erstellt, betreibt und unterhält

- die Anlagen der Wassergewinnung, -aufbereitung, -förderung und -speicherung
- die öffentlichen Leitungen
- die Hydranten auf den öffentlichen Leitungen

4 Sie stellt die Trinkwasserversorgung in Notlagen sicher.

Art. 2

1 Die Beaufsichtigung und Verwaltung aller öffentlichen Einrichtungen der Wasserversorgung obliegt der Kommission für Gemeindebetriebe.

2 Diese besorgt

- a) die Aufsicht über die Planung, den Bau und den Unterhalt der Anlagen der Wasserversorgung;
- b) die Prüfung der Gesuche für die Erteilung der Bewilligungen im Sinne von Art. 12;
- c) die übrigen ihr zugewiesenen Aufgaben.

Art. 3

1 Die Grösse und Ausgestaltung der Anlagen, das öffentliche Leitungsnetz und die Standorte der Hydranten werden mit den voraussichtlichen Kosten in der GWP festgelegt. Die GWP ist regelmässig nachzuführen und anzupassen, namentlich an die Ortsplanung.

2 Der Perimeter der GWP umfasst das Baugebiet, das im Zonenplan und in den Ueberbauungsordnungen ausgeschieden ist, und die nicht eingezonten grösseren Siedlungen oder Siedlungsgebiete.

Gemeindeaufgabe

Zuständiges Organ

Generelle Wasserversorgungsplanung

Art. 4

1 Innerhalb des GWP-Perimeters richtet sich die Erschliessung nach den Vorschriften der kantonalen Baugesetzgebung.

2 Die Erschliessungspflicht der Gemeinde besteht für die rechtsgültig ausgeschiedenen Bauzonen und die grösseren nicht eingezonten Siedlungen mit mindestens fünf ständig bewohnten Gebäuden.

Art. 5

Ueber die gesamten öffentlichen Anlagen zur Wasserverteilung wird von der Gemeinde ein Werkleitungsplan erstellt und ständig nachgeführt.

Leitungsplan

Art. 6

1 Für die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt der Erschliessungsanlagen gelten die Bestimmungen der Baugesetzgebung, ergänzend die Bestimmungen dieses Reglements.

2 Als anerkannte Regeln der Technik sind die Leitsätze und Richtlinien des SVGW zu beachten.

Art. 7

1 Die Gemeinde scheidet zum Schutze ihrer Quell- und Grundwasserfassungen die erforderlichen Schutzzonen aus.

2 Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der KGV.

3 Die Schutzzonen sind im Zonenplan orientierungshalber anzugeben.

Schutzzonen

Art. 8

1 Die Gemeinde muss in ihrem Versorgungsgebiet Wasser in ausreichender Menge und einwandfreier Qualität abgeben.

2 Industrielle und gewerbliche Betriebe haben bei grossem Bedarf, der die Leistungsfähigkeit der Wasserversorgung übersteigt, ihr Wasser selbst zu beschaffen.

3 Wasser kann auch für Liegenschaften in anderen Gemeinden abgegeben werden. Die Abgabe wird durch Wasserlieferungsverträge zwischen den Gemeinden geregelt.

4 Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, besonderen Komfortanforderungen oder technischen Bedingungen Rechnung zu tragen (zB Härte, Salzgehalt, pH-Wert, Prozesswasser).

5 Die Gemeinde gewährleistet einen Betriebsdruck, der so hoch ist, dass

a) das gesamte Versorgungsgebiet, mit Ausnahme von einzelnen hochgelegenen Liegenschaften ohne individuelle Druckerhöhungsanlagen, für den häuslichen Gebrauch bedient werden kann;

Pflicht zur Wasserabgabe

- b) der Löschschutz nach den Bedingungen der Gebäudeversicherung erfüllt werden kann.

Art. 9

1 Die Bewohner und Betriebe im Versorgungsgebiet sind verpflichtet, das Trinkwasser aus der öffentlichen Wasserversorgung zu beziehen.

2 Von dieser Bezugspflicht ist nur entbunden, wer über eigene Anlagen, die Wasser in ausreichender Menge und einwandfreier Qualität liefern, verfügt oder an solchen Anlagen beteiligt ist.

Art. 10

1 Ausser in Brandfällen geht die Wasserabgabe für häusliche Zwecke allen anderen Verwendungsarten vor.

2 Das Wasser ist sparsam zu gebrauchen. Jede Wasserverschwendung ist zu vermeiden.

II. Das Verhältnis zwischen der Gemeinde und den Wasserbezügern

Art. 11

1 Das Verhältnis zwischen der Wasserversorgung und den Wasserbezügern wird durch das Reglement und den zugehörigen Tarif geregelt.

2 Als Wasserbezügler gilt der Eigentümer oder Baurechtsberechtigte der angeschlossenen Baute oder Anlage.

3 Für den Anschluss und Betrieb von Maschinen, Apparaten und Anlagen jeder Art, die einen grösseren Wasserverbrauch oder Wasser für besondere Zwecke benötigen (Kühl- und Klimaanlage, Sprinkleranlagen u.dgl.), bleiben vertragliche Regelungen vorbehalten.

Art. 12

1 Einer Bewilligung der Gemeinde bedürfen:

- der Neuanschluss einer Baute oder Anlage
- nachträgliche Einrichtungen von Löschposten, Kühl- und Klimaanlage, Sprinkleranlagen
- Änderungen an den sanitärischen Anlagen um mindestens 1 BW gemäss den Leitsätzen W3 des SVGW.

2 Den Gemeindebetrieben ist ein Gesuch auf dem amtlichen Formular einzureichen. Diesem sind alle für die Beurteilung erforderlichen Pläne, Beschriebe und dgl. beizulegen.

3 Einer Bewilligung der Gemeinde bedarf ferner der Bezug von Wasser für andere vorübergehende Zwecke (zB Bauwasser).

4 Vor der Erteilung der Bewilligung darf mit den Installationsarbeiten nicht begonnen werden.

Art. 13

1 Die Gemeinde kann die Wasserabgabe einschränken oder zeitweise unterbrechen:

- a) bei Wasserknappheit;
- b) bei Unterhalts- und Reparaturarbeiten oder bei Erweiterung der Wasserversorgung;
- c) bei Betriebsstörungen;
- d) in Notlagen und im Brandfall.

2 Voraussehbare Einschränkungen oder Unterbrüche sind dem Wasserbezügler rechtzeitig anzukündigen.

3 Ansprüche auf Entschädigung oder auf eine Herabsetzung der Gebühren sind ausgeschlossen.

Art. 14

Die Wasserbezügler haften für allen Schaden, den ihre Anlagen zur Wasserverteilung infolge fehlerhafter Ausführung oder mangelhaften Unterhalts verursachen. Ebenso sind sie ersatzpflichtig für Schäden, die über ihre Anlagen durch Nichtinhalten der Bestimmungen dieses Reglements verursacht werden.

Art. 15

Es ist untersagt, ohne Bewilligung der Gemeinde Wasser an Dritte abzugeben oder solches von einem Grundstück auf ein anderes zu leiten.

Art. 16

Jede Handänderung eines Grundstückes (Liegenschaften, Baurechte) hat der bisherige Wasserbezügler den Gemeindebetrieben schriftlich zu melden.

Art. 17

Will ein Wasserbezügler vom gesamten Wasserbezug zurücktreten, so hat er dies den Gemeindebetrieben 3 Monate im voraus schriftlich mitzuteilen.

Pflicht zum Wasserbezug

Verwendung des Wassers

Geltung des Reglements

Sonderfälle

Bewilligungspflicht

Einschränkung der Wasserabgabe

Pflichten der Wasserbezügler
a) *Haftung*

b) *Ablehnungsverbot*

c) *Handänderung*

Kündigung des Wasserbezugs

Art. 18

Der Hausanschluss ist auf Kosten des Wasserbezügers vom öffentlichen Leitungsnetz abzutrennen

- a) bei endgültiger Aufgabe des Wasserbezugs;
- b) wenn der Anschluss mehr als 1 Jahr lang nicht benutzt wird.

Abtrennung der Hausanschlüsse

III. Anlagen zur Wasserverteilung

A. Definitionen

Art. 19

Der Wasserverteilung dienen folgende Anlagen:

- a) die öffentlichen Leitungen
- b) die Hydrantenanlagen
- c) die Hausanschlussleitungen
- d) die Hausinstallationen

Anlagen zur Wasserverteilung

Art. 20

1 Die Haupt- und Versorgungsleitungen der Basis- und Detailschliessung nach Art. 106 BauG und die Versorgungsleitungen ausserhalb der Bauzone sind öffentliche Leitungen.

2 Im Zweifelsfalle gilt eine Leitung als öffentlich, wenn sie nach Lage und Bemessung dem Löschschutz dienen kann.

Öffentliche Leitungen

Art. 21

Die Hydranten werden gemäss den Vorschriften der Gebäudeversicherung erstellt und an die öffentlichen Leitungen angeschlossen.

Hydranten

Art. 22

1 Hausanschlussleitungen sind private Leitungen. Sie verbinden die öffentliche Leitung ab dem ersten Absperrschieber mit dem Gebäude bis zum Wasserzähler.

2 Die Leitung zu einer zusammengehörenden Gebäudegruppe (gemeinschaftlich projektierte Ueberbauung eines in sich geschlossenen Areals) gilt als gemeinsame Hausanschlussleitung, auch wenn das Areal in verschiedene Grundstücke aufgeteilt ist. Vorbehalten bleiben die Vorschriften der kantonalen Gesetzgebung und die Nutzungspläne der Gemeinde.

Private Leitungen und Hausinstallationen

3 Als Hausinstallationen gelten alle Leitungen und Einrichtungen nach dem Hauptwasserhahn.

B. Öffentliche Leitungen

Art. 23

Planung und Erstellung

1 Die Gemeinde plant und erstellt die öffentlichen Leitungen nach Massgabe des Erschliessungsprogrammes. Fehlt ein solches, bestimmt sie den Zeitpunkt der Erstellung nach pflichtgemäsem Ermessen und im Einvernehmen mit den anderen Erschliessungsträgern.

2 Die vertragliche Uebernahme der Erschliessung durch bauwillige Grundeigentümer bleibt vorbehalten.

3 Die öffentlichen Leitungen stehen im Eigentum der Gemeinde.

Art. 24

Leitungen im Strassengebiet

Verlaufen Leitungen im Bereich von Strassen, ist die Linienführung so zu wählen, dass nachträgliche Unterhalts- und Reparaturarbeiten den Strassenverkehr möglichst wenig behindern. Auf vorhandene und definitiv festgelegte Leitungen ist Rücksicht zu nehmen. Ferner ist darauf zu achten, dass eine Beeinträchtigung der Wasserqualität durch Abwasseranlagen ausgeschlossen ist.

Art. 25

Durchleitungsrechte

1 Die Durchleitungsrechte für öffentliche und private Leitungen, welche öffentlichen Aufgaben dienen, werden durch Dienstbarkeitsverträge oder im Verfahren nach Art. 130 a WNG erworben.

2 Die Auflage der Leitungspläne ist spätestens im Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntmachung den betroffenen Grundeigentümern schriftlich zu eröffnen.

3 Für die Durchleitungsrechte werden keine Entschädigungen geleistet. Vorbehalten bleibt die Ausrichtung von einmaligen Entschädigungen für den durch den Leitungsbau und -betrieb verursachten Schaden sowie von Entschädigungen wegen enteignungsähnlichen Eingriffen.

Art. 26

Schutz der öffentlichen Leitungen

1 Die öffentlichen Leitungen sind, soweit keine anderslautenden vertraglichen Vereinbarungen vorliegen, im Rahmen von Art. 130 a Abs. 3 WNG in ihrem Bestand geschützt.

2 Bauwerke dürfen nur bewilligt werden, wenn sie einen so grossen Abstand zu den Wasserveranlagen haben, dass diese nicht gefährdet werden. Der Mindestabstand zu den Leitungsachsen beträgt vor dem Bau der Leitungen in der Regel 5 m, zu bestehenden Leitungen in der Regel 3 m.

3Die Gemeinde kann im Einzelfall grössere Abstände verlangen, wenn dies die Sicherheit der Leitungen gebietet, oder ein Unterschreiten der Bauabstände oder ein Ueberbauen der Leitung bewilligen.

Art. 27

Abtretung privater Leitungen

Die Gemeinde kann aus Gründen des öffentlichen Wohls und gegen volle Entschädigung die Abtretung privater Leitungen verlangen, die den technischen Anforderungen genügen.

C. Hydrantenanlagen und Löschschutz

Art. 28

*Erstellung, Kosten-
tragung*

1Die Gemeinde erstellt und unterhält die Hydranten auf den öffentlichen Leitungen.

2Die Grundeigentümer sind verpflichtet, das Aufstellen von Hydranten auf ihren Grundstücken entschädigungslos zu dulden. Die Gemeinde berücksichtigt nach Möglichkeit ihre Standortwünsche.

3Die Mehrkosten besonders aufwendiger Löscheinrichtungen für Gebäude mit hoher Brandgefährdung hat der Verursacher zu tragen, namentlich die Kosten einer Mehrdimensionierung von Sprinklerzuleitungen und Hydrantenanlagen, soweit solche Anlagen die zonenkonforme Erschliessung übersteigen. Vertragliche Regelungen bleiben vorbehalten.

*Benützung, Unter-
halt*

4Die Hydranten und Schieber sind vor Beschädigung zu bewahren und müssen jederzeit zugänglich sein; sie dürfen nicht mit Material, Fahrzeugen und dergleichen überdeckt werden.

5Jede Wasserentnahme aus Hydranten, ausser zu Löschzwecken, ist untersagt. Ueber Ausnahmen entscheidet die Gemeinde.

6Die Gemeinde übernimmt die Kontrolle, den Unterhalt und die nötigen Reparaturen an den Hydranten und gewährleistet ihre Zugänglichkeit.

Art. 29

*Uebrige Löschanla-
gen*

1Die Löschkammern der Reservoirs sind für den Brandfall ständig in an-gefülltem Zustand zu halten. Ueber ihren Einsatz entscheidet der Schadenplatzkommandant.

2Bei Brandfällen stehen alle Wasserversorgungsanlagen dem Schadenplatzkommandanten zur Verfügung.

D. Hausanschlussleitungen

Art. 30

*Erstellung, Kosten-
tragung*

1Die Gemeinde bestimmt im Bewilligungsverfahren nach Art. 12 die Stelle und die Art der Hausanschlussleitung unter möglichstster Berücksichtigung der Wünsche des Wasserbezügers.

2In der Regel ist eine Hausanschlussleitung je Grundstück zu erstellen. Art. 22 Abs. 2 bleibt vorbehalten.

3Der Absperrschieber ist in der Regel direkt an der öffentlichen Leitung anzubringen.

4Die Kosten der Hausanschlussleitung einschliesslich Absperrschieber, Anschlussstück oder Anbohrung nach der öffentlichen Leitung, aber ohne Wasserzähler, sind vom Wasserbezüger zu tragen. Dasselbe gilt für die Anpassung bestehender Hausanschlussleitungen, wenn die bisherige öffentliche Leitung aufgehoben oder an einen andern Ort verlegt wird.

Art. 31

*Eigentum, Unterhalt
und Ersatz*

1Die Hausanschlussleitung nach dem Absperrschieber, ohne Wasserzähler, verbleibt zu Eigentum, Unterhalt und Ersatz dem Wasserbezüger.

2Ist der Absperrschieber nicht an der öffentlichen Leitung angebracht, so ist der Unterhalt und Ersatz der Hausanschlussleitung von der öffentlichen Leitung bis zum Absperrschieber durch die Gemeinde auf Kosten des Wasserbezügers zu besorgen.

3Festgestellte Mängel sind durch den Wasserbezüger in der von der Gemeinde festgelegten Frist beheben zu lassen. Bei Säumnis kann die Gemeinde die Mängel auf Kosten des Wasserbezügers beheben lassen.

4Der Absperrschieber geht in das Eigentum der Gemeinde über und darf nur von dieser bedient werden.

Art. 32

Ausführung

1Der Wasserbezüger darf den Anschluss an die öffentliche Leitung, den Absperrschieber und die Hausanschlussleitung nur durch die Gemeinde oder durch einen Installateur, der Inhaber einer Bewilligung der Gemeinde ist, erstellen lassen.

2Vor dem Eindecken des Grabens sind die Hausanschlussleitungen unter der Aufsicht der Gemeinde einer Druckprobe zu unterziehen und auf Kosten des Wasserbezügers durch den von der Gemeinde bezeichneten Fachmann einzumessen.

Art. 33

*Installationsbewil-
ligung*

1Die Ausführung von Hausanschlussleitungen und deren Reparatur bedürfen einer Bewilligung der Gemeinde.

2 Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung ist der Nachweis einer ausreichenden beruflichen Qualifikation. Als beruflich qualifiziert gilt, wer über das eidg. Diplom als Sanitärinstallateur, Sanitärzeichner, Sanitärtechniker oder über eine gleichwertige Ausbildung verfügt.

3 Betriebe erhalten eine Bewilligung, wenn sie mindestens eine fachkundige Person im Sinne von Abs. 2 beschärfen.

4 Reine Wartungsarbeiten bedürfen keiner Bewilligung.

5 Der Bewilligungsnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach-, Feuer- und Explosionsschäden für mindestens Fr. 5'000'000.-- pro Schadenereignis abzuschliessen.

Art. 34

Technische Vorschriften

Die Hausanschlussleitungen müssen hinsichtlich Beschaffenheit und Verlegung den anerkannten Regeln der Technik entsprechen (Art. 6).

Art. 35

Durchleitungsrechte

1 Der Erwerb der Durchleitungsrechte für Hausanschlussleitungen ist Sache des Wasserbezügers.

2 Im übrigen gilt Art. 25.

E. Wasserzähler

Art. 36

Einbau, Kostentragung, Eigentum, Unterhalt

1 Die für die Messung des Wassers erforderlichen Wasserzähler werden von der Gemeinde geliefert und auf ihre Kosten installiert. Sie stehen in ihrem Eigentum und werden von ihr unterhalten.

2 In jedes Gebäude wird in der Regel nur ein Wasserzähler eingebaut. Getrennte Wasserzähler können auf Kosten des Wasserbezügers für die Messung von Wasser eingebaut werden, das ständig zu einem wesentlichen Teil nicht in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation eingeleitet wird (zB Ställe, Gärtnerreien, Kaserne), oder dessen Verwendung Abwasser erzeugt, das einer besonderen Behandlung bedarf.

3 In Liegenschaften mit verdichteter Bauweise (Reihen-, Atrium- und Terrassenhäuser) ist für jeden Wasserbezüger ein Wasserzähler einzubauen. In Grundstücken mit Stockwerkeigentum wird in der Regel nur ein Wasserzähler eingebaut.

Art. 37

Dimensionierung, Standort

1 Die Dimensionierung der Wasserzähler richtet sich nach den Leitsätzen des SVG.

2 Der Standort der Wasserzähler wird von der Gemeinde unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Wasserbezügers bestimmt. Der Wasserbezüger hat den Platz für den Einbau des Wasserzählers unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die von der Gemeinde ermächtigten Personen haben Anspruch auf Zutritt zum Wasserzähler.

Art. 38

Haftung bei Beschädigung

1 Der Wasserbezüger darf am Wasserzähler keine Änderungen vornehmen oder vornehmen lassen.

2 Er haftet für Beschädigungen des Wasserzählers durch äussere Einflüsse wie Frost, Schlag, Druck und dergleichen.

Art. 39

Revision, Störungen

1 Die Gemeinde revidiert die Wasserzähler nach Bedarf auf ihre Kosten.

2 Der Wasserbezüger kann jederzeit eine Prüfung seines Wasserzählers verlangen. Wird ein Mangel festgestellt, so übernimmt die Gemeinde die Prüfungs- und allfällige Reparaturkosten. Im andern Fall hat der Wasserbezüger die gesamten Aufwendungen zu tragen.

3 Bei fehlerhafter Zählerangabe wird für die Festsetzung der Verbrauchergebühr auf das Ergebnis des Vorjahres abgestellt. Als fehlerhafte Angabe gelten Abweichungen von mehr als +/- 5% bei 10% Nennbelastung.

4 Störungen an Wasserzählern sind den Gemeindebetrieben sofort zu melden.

F. Hausinstallationen

Art. 40

Erstellung, Kostentragung

Der Wasserbezüger hat die Hausinstallationen auf eigene Kosten zu erstellen und zu unterhalten.

Art. 41

Ausführung

Hausinstallationen dürfen nur Installateure ausführen, die Inhaber einer Bewilligung der Gemeinde sind (Art. 33). Der Abschluss der Arbeiten ist der Gemeinde zu melden.

Art. 42

Technische Vorschriften

1 Bei der Erstellung, Veränderung, Erneuerung und beim Betrieb der Hausinstallationen sind die Leitsätze für die Erstellung von Wasserinstallationen des SVG zu beachten.

2 Die Installation von Trinkwasser-Nachbehandlungsanlagen bedarf gemäss eidgenössischer Lebensmittelverordnung der Genehmigung durch das kantonale Laboratorium. Von dieser Genehmigungspflicht ausgenommen sind mechanische Feinfilter und physikalische Wasser-Behandlungsgeräte.

Art. 43

Abnahme
1 Der Wasserbezüger kann die Hausinstallationen auf seine Kosten vor der Inbetriebnahme durch die Gemeinde prüfen und abnehmen lassen.

2 Die Gemeinde übernimmt durch die Abnahme keine Haftung für die vom Installateur ausgeführte Arbeit oder für die installierten Apparaturen.

Art. 44

Mangelhafte Installationen
Der Wasserbezüger hat bei vorschriftswidrig ausgeführten oder unterhaltenen Hausinstallationen auf schriftliche Aufforderung der Gemeinde die Mängel innert der festgelegten Frist beheben zu lassen. Unterlässt er dies, so kann die Gemeinde die Mängel auf seine Kosten beheben lassen.

Art. 45

Kontrollrechte
Die Gemeinde übt die Kontrolle über alle Hausinstallationen aus. Zu diesem Zweck ist den ermächtigten Personen Zutritt zu allen Anlagen zu gestatten.

IV. Abgaben

Art. 46

Finanzierung der Wasserversorgungsanlagen
Die Gemeinde finanziert die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen. Es stehen ihr dazu zur Verfügung:

- die einmaligen und wiederkehrenden Gebühren
- die Löschbeiträge
- die Beiträge oder Darlehen der Gebäudeversicherung, des Bundes und des Kantons gemäss besonderer Gesetzgebung
- sonstige Beiträge Dritter.

Art. 47

Eigenfinanzierung
1 Die Wasserversorgung einschliesslich der Bereitstellung des Wassers für den Löschschutz muss eigenwirtschaftlich betrieben werden.

2 Die Rechnung der Wasserversorgung richtet sich nach dem Gesetz und der Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden.

Art. 48

Einmalige Gebühren
1 Für jeden Anschluss ist eine Anschlussgebühr zu bezahlen.

2 Die Anschlussgebühr wird aufgrund der Belastungswerte (BW) gemäss SVGW (Auszug im Anhang) erhoben.

3 Der Gebührenansatz ist im Tarif festgelegt.

b) Bereitstellungsgebühr
4 Die Bereitstellungsgebühr wird aufgrund des Gebäudeversicherungswerts erhoben.

5 Zur Finanzierung der Anlagen der Wasserbeschaffung, Aufbereitung, Förderung, Speicherung und für Transportleitungen bis zu den Versorgungsgebieten ist eine Bereitstellungsgebühr zu bezahlen. Diese Gebühr wird mit der Projektgenehmigung für die Finanzierung der projektierten Anlage von der Gemeindeversammlung festgelegt.

Art. 49

Löschbeitrag
1 Zur Finanzierung des Löschschutzes (Erstellung oder Erweiterung von Hydranten- oder anderen Löschschutzanlagen) haben die Eigentümer der durch die Anlagen geschützten Bauten und Anlagen einen Löschbeitrag zu entrichten. Als geschützt gelten Bauten und Anlagen bis max. 300 m Entfernung vom nächsten Hydrant.

2 Der Ansatz des Löschbeitrags ist im Tarif festgelegt.

Art. 50

Nachzahlung
1 Bei einer Erhöhung des Gebäudeversicherungswerts als Folge wertmehrender Um- oder Anbauten oder einer Erhöhung der BW ist eine Nachzahlung zu leisten.

2 Die Rechnungsstellung erfolgt, sobald die Erhöhung Fr. 130'000.-- oder 1 BW beträgt.

3 Bei Wiederaufbau infolge Brandfall oder Gebäudeabbruch kommt diese Bestimmung nur zur Anwendung, sofern innert 5 Jahren mit dem Neubau begonnen wird. Andernfalls sind die vollen einmaligen Gebühren und Löschbeiträge zu bezahlen.

Art. 51

Wiederkehrende Gebühren
1 Zur Deckung der Kapitalkosten von Anlagen, die nicht durch die Anschlussgebühren oder Beiträge gedeckt sind, sowie zur teilweisen Deckung der festen Betriebskosten haben die Wasserbezüger eine jährliche Grundgebühr zu bezahlen.

2 Zur Deckung der verbleibenden Betriebskosten haben die Wasserbezüger eine jährliche Verbrauchsgebühr zu bezahlen.

3 Die Gebührenansätze sind in einem Tarif festgelegt.

Art. 52

Fälligkeit, Verzugszins, Verjährung
a) *Anschlussgebühr*
1 Die Anschlussgebühr wird fällig auf den Zeitpunkt des Wasseranschlusses (Setzen des Wasserzählers). Nach der Schnurgerüstabnahme kann eine Akontozahlung, berechnet aufgrund der voraussichtlich installierten BW und des vermutlichen Gebäudeversicherungswerts gemäss Baugesuch, erhoben werden. Die Restanz wird nach Vorliegen der definitiven Anzahl BW und des definitiven Gebäudeversicherungswerts fällig. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungsstellung.

b) Bereitstellungs-
gebühr

2 Die Bereitstellungsgebühr wird fällig mit der Inbetriebnahme der Anlagen, zu deren Finanzierung sie dient. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungsstellung.

c) Löschbeitrag

3 Der Löschbeitrag wird fällig mit der Vollendung der Löschanlagen. Wird ein Gebäude später erstellt, wird der Beitrag mit der Fertigstellung des Gebäudes fällig. Bei Neubauten kann die Gemeinde eine Akontozahlung nach Abs. 1 erheben. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungsstellung.

d) Nachzahlung

4 Die Nachzahlung wird mit der Installation der neuen BW und mit der Vollendung der Um- oder Anbaute fällig. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage ab Rechnungsstellung.

e) Wiederkehrende
Gebühren

5 Die wiederkehrenden Gebühren sind innert 30 Tagen seit der Rechnungsstellung zu bezahlen.

f) Verzugszins

6 Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins in der Höhe des Zinses der Berner Kantonalbank für neue I. Hypotheken geschuldet.

g) Verjährung

7 Vom Eintritt der Fälligkeit an gerechnet verjähren die einmaligen Gebühren und Löschbeiträge in zehn Jahren, die wiederkehrenden Gebühren in fünf Jahren. Die Verjährung wird durch jede Einforderungshandlung (wie Rechnungsstellung, Mahnung) unterbrochen. Im übrigen gelten sinngemäss die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts.

Gebührempflichtige
Schuldner

Art. 53

Die Gebühren und Löschbeiträge schuldet, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Wasserbezüger oder Eigentümer oder Baurechtsberechtigter der geschützten Baute oder Anlage ist. Alle Nacherwerber schulden die im Zeitpunkt ihres Liegenschaftserwerbs noch ausstehenden einmaligen Gebühren und Löschbeiträge, soweit die Liegenschaft nicht im Rahmen einer Zwangsverwertung ersteigert wurde.

Art. 54

Die Gemeinde geniesst für ihre fälligen Forderungen auf den einmaligen Gebühren und Löschbeiträgen ein gesetzliches Grundpfandrecht auf der angeschlossenen Liegenschaft nach Art. 109 Abs. 2 Ziff. 6 des Einführungsgesetzes zum ZGB.

V. Strafen, Rechtspflege, Schlussbestimmungen

Art. 55

Wer ohne Bewilligung Wasser bezieht, schuldet der Gemeinde die entgangenen Gebühren. Vorbehalten bleibt die Bestrafung nach Art. 56 dieses Reglements und nach eidgenössischem oder kantonalem Recht.

Unberechtigter Was-
serbezug

Widerhandlungen

Art. 56

1 Widerhandlungen gegen das Wasserversorgungsreglement und gegen die gestützt darauf erlassenen Verfügungen werden mit Busse bis Fr. 1 000.- bestraft, solche gegen Ausführungsvorschriften des Gemeinderats und gestützt darauf erlassene Verfügungen mit Busse bis zu Fr. 300.-. Das Dekret über das Busseneröffnungsverfahren in den Gemeinden findet Anwendung.

2 Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Strafbestimmungen.

Art. 57

1 Gegen Verfügungen der Gemeinde kann innert 30 Tagen seit Eröffnung schriftlich, mit Antrag und Begründung, Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

2 Im übrigen gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 58

1 Das Reglement tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Direktion auf den 1. April 1993 in Kraft.

2 Das Reglement über die Wasserversorgung vom 23. Juni 1959 mit Tarif und Bedingungen über die Abgabe von Wasser vom 30. Oktober 1972 wird aufgehoben.

3 Massgebend für die Anschlussgebühren ist der Baubeginn. Als Baubeginn gilt die Schnurgerüstnahme.

So beraten und angenommen durch die Einwohnergemeindeversammlung von Büren a.A. am 2. März 1993.

Einwohnergemeinde Büren an der Aare

Der Präsident

Der Gemeindeschreiber

O. Bigler

B. Rufer

O. Bigler

B. Rufer

Auflagezeugnis

Der unterzeichnete Gemeindeschreiber bescheinigt, dass das Wasserversorgungsreglement nach Massgabe von Art. 4 der Gemeindeverordnung vom 30. November 1977 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Büren a. A. öffentlich aufgelegt worden ist. Die Auflage wurde unter Hinweis auf die Einsprachemöglichkeit vorschriftsgemäss publiziert.

Während der Auflage- und Einsprachefrist wurden keine Einsprachen eingereicht.

Büren a. A., 5. April 1993

Der Gemeindeschreiber

B. Rufer
B. Rufer

Genehmigungsbeschluss

